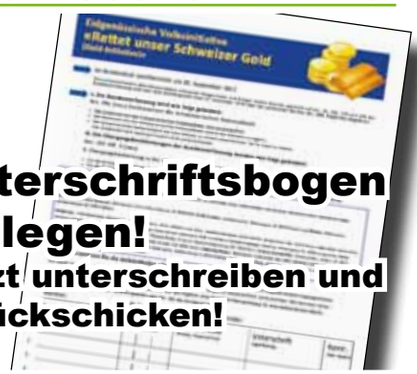
SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Goldinitiative 8



Unterschriftsbogen beilegen!
Jetzt unterschreiben und zurückschicken!

Flankierende Massnahmen 13

Nationalrat und Unternehmer Peter Spuhler nimmt Stellung.

Zivilcourage 15

Gewonnener Kampf gegen Asyldurchgangszentrum

Bildquelle: blick.ch

Für Ihre Drucksachen

ZofingerTagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 60 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - April 2012

Ausschaffungsinitiative endlich durchsetzen!

Fast 1½ Jahre nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände existiert noch immer kein Entwurf für ein Umsetzungsgesetz zum Verfassungsartikel.

Am 28. November 2010 haben Volk und Stände die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer angenommen. Die Ausländerkriminalität steigt unterdessen weiter an. Erstmals war im vergangenen Jahr eine Mehrheit der Täter, die gegen das Strafgesetzbuch verstiessen, ausländischer Herkunft. Eine Zunahme der Delikte ist insbesondere bei Raub, Einbruch, Diebstahl und Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz festzustellen. In einigen Schweizer Städten explodiert die Zahl der Straftaten förmlich.

Die „Durchsetzungsinitiative“ umfasst insbesondere schwere Delikte (z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung etc.), die nach Verbüssung der Strafe zu einer sofortigen automatischen Ausschaffung führen. Bei Straftaten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. Raufhandel, Gewalt gegen Beamte etc.), soll es zu einer Ausschaffung kommen, wenn der entsprechende Täter bereits vorbestraft war. Liegt ein Ausweisungsgrund im Sinne der neuen Verfassungsbestimmung vor, ist es im öffentlichen Interesse, dass der betreffende Straftäter die Schweiz automatisch verlassen muss.

Seite 4

Es braucht die SVP

Parlament und Bundesrat sind seit den letzten Wahlen im Oktober 2011 massiv nach links gerutscht. Die SVP ist mehr denn je gefordert.

Beispiel Ausschaffungsinitiative: Bundesrat verschleppt Umsetzung weiter!
Erst auf Druck der SVP hat sich der Bundesrat Ende April – sage und schreibe 18 Monate nach Annahme der Ausschaffungsinitiative durch Volk und Stände - mit der Umsetzung des neuen Verfassungsartikels befasst. Unverständlicherweise hat der Bundesrat aber keinen Entscheid über die Eröffnung einer Vernehmlassung zur Umsetzungsgesetzgebung gefällt und vertröstet abermals auf einen späteren Zeitpunkt.

Damit verschleppt der Bundesrat die Umsetzung der Initiative weiter, obwohl alle Fakten auf dem Tisch liegen. Für die SVP ist diese Verzögerungstaktik von Bundesrätin Sommaruga, die nach der Abstimmung eine Umsetzung des Volkswillens versprochen hatte, unerträglich. Der Bundesrat treibt auf dem Buckel der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger politische Machtspiele. Der fix-fertige Entwurf einer zweiten Volksinitiative zur Durchsetzung der Ausschaffungsinitiative liegt von Seiten unserer Partei bereit. Eigentlich traurig, dass man uns zu einer Umsetzungsinitiative zwingt, nur weil die Justizministerin Arbeitsverweigerung macht.

Beispiel Energiepolitik: Ausstieg aus der Kernenergie ohne gesicherte Stromversorgung?
Der von den Mitte-Links-Parteien und dem Bundesrat gross angekündigte „Ausstieg“ entpuppt sich je länger je mehr als illusorisches Abenteuer. Die Folgen dieser Politik sind höhere Stromkosten, fehlende Milliarden für den Netzausbau, gewaltige Umverteilungsübungen für die Bevölkerung und Wirtschaft und trotzdem keine gesicherte Energieversorgung.

Unterdessen kommt sogar der Bundesrat zum Schluss, dass die sogenannte „Energiewende“ nicht ohne den Bau von neuen Grosskraftwerken zu bewerkstelligen ist. Auf diesen Punkt hat die SVP seit Jahren hingewiesen. Weder die erneuerbaren Energieträger Wind und Sonne noch der in unserem Land immer mehr verunmöglichte Ausbau der Wasserkraft noch eine verstärkte Energieeffizienz werden es schaffen, den 40%-Anteil der Kernenergie innert nützlicher Frist zu ersetzen. Darum fordert die SVP eine realistische Energiepolitik, welche eine genügende, kostengünstige, unabhängige und sichere Stromversorgung garantiert. Dazu dürfen heute keine Optionen ausgeschlossen werden.

Beispiel Volksrechte: Einschränkung der direkten Demokratie!
Der Ständerat hat entgegen dem Willen der SVP eine Motion angenommen, welche das Initiativrecht einschränkt. In Zukunft sollen Volksinitiativen, die den „Kerngehalt der verfassungsmässigen Grundrechte“ verletzen, vom Parlament für ungültig erklärt werden. Nach dem Willen des Parlamentes sollen künftig zudem Volksinitiativen vor Beginn der Unterschriftensammlung materiell vorgeprüft werden. Besteht eine Initiative diese Vorprüfung nicht, muss auf den Unterschriftenbögen ein „Warnhinweis“ angebracht werden, dass die Initiative mit dem Völkerrecht in Konflikt stehe.

Das Parlament spricht sich zudem für die Einführung einer Verfassungsgerichtsbarkeit aus. Diese wird zu einer verstärkten Politisierung der Justiz führen und Kompetenzen vom Stimmbürger und dem Parlament an Gerichte verlagern. Letztlich werden damit die Volksrechte geschwächt und die Bevölkerung hat nicht mehr das letzte Wort. Im Gegensatz zu den anderen Parteien will die SVP die Volksrechte nicht einschränken sondern stärken. So sind künftig wichtige internationale Staatsverträge vom Volk zu genehmigen und der Bundesrat ist durch das Volk zu wählen.

Beispiel Europa: Bundesrat macht Kniefall vor der EU
Ganz dick kommt es in der Europapolitik. Der Bundesrat strebt eine weitgehende institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU an. Er will mit der EU nach eigenen Worten „Homogenität“ herstellen mit einem „gemeinsamen Rechtsraum“ mit „möglichst einheitlichen Regeln“ und schlägt der EU unter anderem faktisch eine zwingende Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz sowie neue Kontrollinstanzen vor.

Mit den Vorschlägen des Bundesrates würde die Schweiz ihre Souveränität gegenüber der EU aufgeben. Für die SVP kommt dies niemals in Frage. Es gibt keinen Grund, weitere Abkommen mit der EU abzuschliessen, wenn diese nicht im gegenseitigen Interesse sind. Richtschnur für uns sind einzig Freiheit und Wohlstand für die Schweiz.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Besser spät als nie

Mit der Anrufung der Ventilklausel hat der Bundesrat endlich einmal ein Zeichen gesetzt und bestätigt damit, dass die Sorgen breiter Bevölkerungsteile vor einer übermässigen Zuwanderung berechtigt sind. Einziger Wermutstropfen: Die bundesrätliche Reaktion erfolgt viel zu spät.

von Nationalrätin Sylvia Flückiger, Schöftland (AG)

Am 18. April 2012 kommunizierte Bundesrätin Sommaruga im Rahmen einer Pressekonferenz, dass gegenüber den EU-8-Staaten in Osteuropa ab dem 1. Mai 2012 die Ventilklausel angewendet wird. Mit dieser vorerst auf ein Jahr beschränkten Massnahme soll die Zuwanderung aus diesen Ländern begrenzt werden.

Der Entscheid hat innerhalb der EU bereits zu grosser Kritik gegenüber der Schweiz geführt: So befanden einzelne Vertreter der EU, die Schweiz habe gar nicht das Recht, die EU-8-Staaten anders als die restlichen Mitgliedstaaten zu behandeln, obschon dies vertraglich so vereinbart wurde.

Der Bundesratsentscheid führte auch zu innenpolitischer Kritik an der Anrufung der Ventilklausel, insbesondere weil diese nur eine sehr begrenzte Wirkung in Bezug auf die Zuwanderung habe und die Schweiz im Gegenzug Gefahr laufe, das freundschaftliche Verhältnis mit der EU aufs Spiel zu setzen. Freundschaftliche Verhältnisse jedoch beruhen immer auf Gegenseitigkeit, und die Schweiz wurde von der EU in der letzten Zeit wahrlich nicht immer freundschaftlich behandelt.

Nüchtern betrachtet ist die Anrufung der Ventilklausel durch den Bundesrat bloss die Einhaltung des bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit gegebenen Versprechens.

Es mutet auch seltsam an, wenn Bundesrätin Sommaruga sagt, die Einwanderung sei stark über die Bedürfnisse der Wirtschaft gesteuert. Damit versucht sie davon abzulenken, dass 2011 31,6 % aller Einwanderer über den Familiennachzug in die Schweiz kamen. Von rund 142‘000 Einwanderern sind dies immerhin 45‘000 Personen. Und die mehr als 45‘000 Grenzgänger sind dabei nicht berücksichtigt.

Tatsächlich haben wir zentrale Probleme, die zu lösen sind: Wir haben die Kontrolle über die Zuwanderung verloren, ebenso beim Familiennachzug. Der Bundesrat sollte endlich dazu stehen und die Probleme lösen, statt mit beiden Händen unsere Steuergelder auszugeben.

Ohne Massnahmen wird die Bevölkerung der Schweiz bis 2035 auf rund 10 Millionen Menschen anwachsen. Die Auswirkungen spüren wir bereits heute in allen Bereichen. Mit den Bilateralen Verträgen I haben wir uns auch das Bundesgesetz für öffentliches Beschaffungswesen eingehandelt, mit der Folge, dass die Arbeiten nach WTO-Regeln ausgeschrieben werden und unsere Unternehmen immer öfter das Nachsehen haben. Wir haben eine starke Zunahme der Scheinselbständigen, die unseren KMU das Leben schwer machen. Nun wird in der Folge der Arbeitsmarkt reguliert, kontrolliert und bürokratisiert.

Die Schweiz ist nach wie vor ein attraktives Land, das eine starke Sogwirkung aufgrund hoher Löhne und gut ausgebauter Sozialwerke hat. Deshalb muss sie alles daran setzen, auch in Zukunft grösstmögliche Eigenständigkeit zu bewahren. **Daher sind Neuverhandlungen in Bezug auf die Personenfreizügigkeit mit der EU unumgänglich.**

Ventilklausel wird auf beide Bewilligungsarten (B und L) separat angewendet:

Neue Aufenthaltsbewilligungen für EU17/EFTA (relevant für Ventilklausel)	
B-Bewilligungen (über 12 Monate, für 5 Jahre ausgestellt):	**L-Bewilligungen (4 bis 12 Monate):**
Juni 2005 – Mai 2006: 15 300 (Kont.)	Juni 2005 – Mai 2006: 95 869
Juni 2006 – Mai 2007: 15 300 (Kont.)	Juni 2006 – Mai 2007: 112 067
Juni 2007 – Mai 2008: 94 258	Juni 2007 – Mai 2008: 61 970
Juni 2008 – Mai 2009: 59 742	Juni 2008 – Mai 2009: 56 818
Juni 2009 – Mai 2010: 47 766	Juni 2009 – Mai 2010: 51 141
Juni 2010 – Mai 2011: 53 806	Juni 2010 – Mai 2011: 77 069
Juni 2011 – Feb. 2012: 38 612	Juni 2011 – Feb 2012: 34 795

Quelle: BFM

Für die SVP ist die Anrufung der Ventilklausel durch den Bundesrat für die osteuropäischen EU-Staaten (EU-8) eine Selbstverständlichkeit. Die wenigen, noch zur Verfügung stehenden Instrumente zur Steuerung der Zuwanderung sind konsequent zu nutzen.

Volkswillen durchsetzen!

Auf Druck der SVP hat sich der Bundesrat am 25. April endlich zum ersten Mal mit der Umsetzung der bereits vor 17 Monaten durch Volk und Stände angenommenen Ausschaffungsinitiative befasst. Unverständlicherweise hat er aber erneut keinen Entscheid über die Eröffnung eines Vernehmlassungsverfahrens zur Umsetzungsgesetzgebung gefällt und vertröstet mit Verweis auf die Erarbeitung einer weiteren Variante auf einen späteren Zeitpunkt „vor der Sommerpause". Der Bundesrat verschleppt die Umsetzung der Initiative damit weiter, obwohl alle Fakten und Entscheidgrundlagen auf dem Tisch liegen. Die SVP verlangt die sofortige Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens auf der Basis der von ihr eingebrachten Vorschläge, die eine korrekte Umsetzung des Volkswillens ermöglichen.

von Fraktionspräsident Adrian Amstutz

Von der Ausschaffungsinitiative zur Durchsetzungsinitiative

Um die Durchsetzung des Volkswillens in jedem Fall sicherzustellen, hat die SVP in den vergangenen Monaten eine weitere Initiative ausgearbeitet, welche nach ihrer Annahme direkt umsetzbar wäre und inhaltlich auf die von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative aufbaut. Volk und Stände haben am 28. November 2010 der Ausschaffungsinitiative zugestimmt und den Gegenvorschlag ebenso klar abgelehnt. Der Volksauftrag ist klar und es gilt nun, die Ausschaffungsinitiative umzusetzen und von den Inhalten des Gegenvorschlags wegzukommen, ob das den damaligen Abstimmungsverlierern passt oder nicht.

Die Verzögerungstaktik des Bundesrates zeigt klar, dass er wohl auch in diesem Projekt mehr auf die ausländischen Interessen schaut, als auf die Sicherheit der eigenen Bürgerinnen und Bürger. Es kann damit gerechnet werden, dass bei der bundesrätlichen Variante die Ausschaffung nicht automatisch auf die Straftat abgestellt erfolgen soll, sondern das Gericht soll primär die persönlichen Umstände des Straftäters sowie die Höhe des Strafmasses berücksichtigen. Genau dieses richterliche Ermessen hat das Volk nach einem heftig geführten Abstimmungskampf, wo diese Frage eingehend diskutiert wurde, klar abgelehnt. Das Volk machte deutlich, dass es in dieser Frage Rechtssicherheit verlangt. Mörder, Vergewaltiger, Drogenhändler und Einbrecher will das Volk ohne Wenn und Aber ausweisen. Zudem haben Volk und Stände klar bestimmt, dass bei solch schweren Delikten die Ausweisung nicht von Mindeststrafen abhängig sein soll.

Prinzip rote Karte

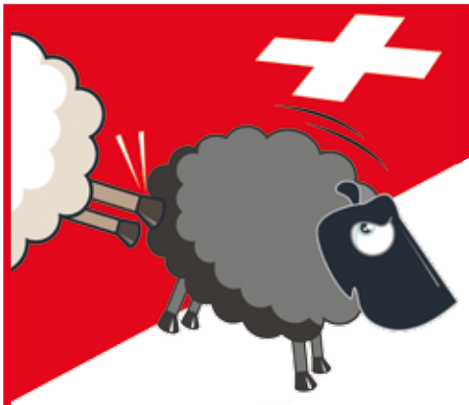
Bei schweren Delikten erfolgt zwingend und automatisch eine Ausschaffung.

Der Täter erhält hier – wie von der angenommenen Ausschaffungsinitiative gefordert – keine zweite Chance, sondern es wird direkt die „rote Karte" gezeigt, d.h. er hat das Land nach Verbüssung seiner Strafe automatisch zu verlassen. Betroffen von dieser Regelung sind u.a. Mörder, Vergewaltiger, Drogenhändler, Betrüger, Räuber.

Die Durchsetzungsinitiative berücksichtigt den Volkswillen

In formeller Hinsicht betreten wir hier Neuland. Wir müs-

Wie im Fussball! Ein schweres Delikt bedeutet direkt eine rote Karte. Ein mittelschweres Delikt wird mit einer gelben Karte bestraft. Zwei gelbe Karten führen zur Ausschaffung. Das hat Nationalrat Adrian Amstutz vor den Medien präsentiert.



Lesen Sie die Referate der SVP-Pressekonferenz von 17. April 2012 und den **Text der Durchsetzungsinitiative** hier:
www.svp.ch oder **www.ausschaffungsinitiative.ch**

Ausschaffungsinitiative

sen einer von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiative allenfalls mit einer neuen Volksinitiative zum Durchbruch verhelfen, wenn der Bundesrat dies nicht tut. Aber wenn es nicht anders geht, wird die SVP auch diesen Aufwand nicht scheuen, um dem Volkswillen Nachachtung zu verschaffen. Spezielle Situationen erfordern spezielle Lösungen. Damit ist zu erklären, weshalb der neue Text in die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung aufzunehmen ist, direkt anwendbar sein wird und vom Gesetzgeber in dieser Form in das geltende Recht zu überführen ist.

Die Durchsetzungsinitiative basiert auf der Ausschaffungsinitiative und gliedert sich in folgende zwei Bereiche:

Prinzip rote Karte: Bei schweren Delikten erfolgt zwingend und automatisch eine Ausschaffung.
Der Täter erhält hier – wie von der angenommenen Ausschaffungsinitiative gefordert – keine zweite Chance, sondern es wird direkt die „rote Karte“ gezeigt, d.h. er hat das Land nach Verbüssung seiner Strafe automatisch zu verlassen. Betroffen von dieser Regelung sind u.a. Mörder, Vergewaltiger, Drogenhändler, Betrüger, Räuber.

Prinzip gelbe Karte: Bei anderen Delikten erfolgt die automatische Ausschaffung unter der Voraussetzung, dass der Ausländer bereits vorbestraft ist.
So erhält ein Ausländer, der aufgrund welchen Deliktes auch immer, zu einer Freiheits- oder Geldstrafe verurteilt wird, quasi die „gelbe Karte“ gezeigt. Er weiss nun, dass er aus der Schweiz ausgewiesen wird, sofern er erneut straffällig wird, das heisst, wenn er Straftaten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen, wie z.B. Raufhandel und Gewalt gegen Beamte begeht.

Prinzip gelbe Karte

Bei anderen in der Initiative genau definierten Delikten erfolgt die automatische Ausschaffung unter der Voraussetzung, dass der Ausländer bereits vorbestraft ist.

So erhält ein Ausländer, der aufgrund welchen Deliktes auch immer, zu einer Freiheits- oder Geldstrafe verurteilt wird, quasi die „gelbe Karte“ gezeigt. Er weiss nun, dass er aus der Schweiz ausgewiesen wird, sofern er erneut straffällig wird, das heisst, wenn er Straftaten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen, wie z.B. Raufhandel und Gewalt gegen Beamte begeht.

Für die SVP ist die Verzögerungstaktik von Bundesrätin Sommaruga - die nach der Abstimmung eine Umsetzung des Volkswillens versprochen hatte - und des Bundesrates unerträglich. Der Bundesrat treibt auf dem Buckel der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger politische Machtspiele. Die SVP verlangt die sofortige Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens auf der Basis der von ihr eingebrachten Vorschläge, die eine korrekte Umsetzung des Volkswillens ermöglichen. Die SVP behält sich zudem vor, die fertig ausgearbeitete Durchsetzungsinitiativejederzeit zu lancieren, sollte der Volkswillen weiter missachtet werden.

Volksschule: Praxisvorbereit

Das Konzept der Lehrer-Ausbildung für die heutige Volksschule, konsequent zentralisiert bei den Pädagogischen Hochschulen (PH), ist gescheitert. Die Pädagogischen Hochschulen können den Bedarf an Lehrern für die Volksschule nicht im entferntesten gewährleisten. Der Lehrermangel verschärft sich. Die Vernachlässigung der Praxis-Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen bildet den Hauptgrund für das Versagen der heutigen Lehrer-Ausbildung.

Die SVP-Delegierten und Gäste haben am 24. März in Ebnat-Kappel einen Forderungskatalog zur Praxisausbildung für Lehrer und angehende Lehrlinge diskutiert und verabschiedet.

Parteipräsident Toni Brunner - hier mit Kantonsrat Michael Götte (SG) - durfte die Delegierten und die Gäste in seiner Heimat Ebnat-Kappel im Toggenburg begrüssen.

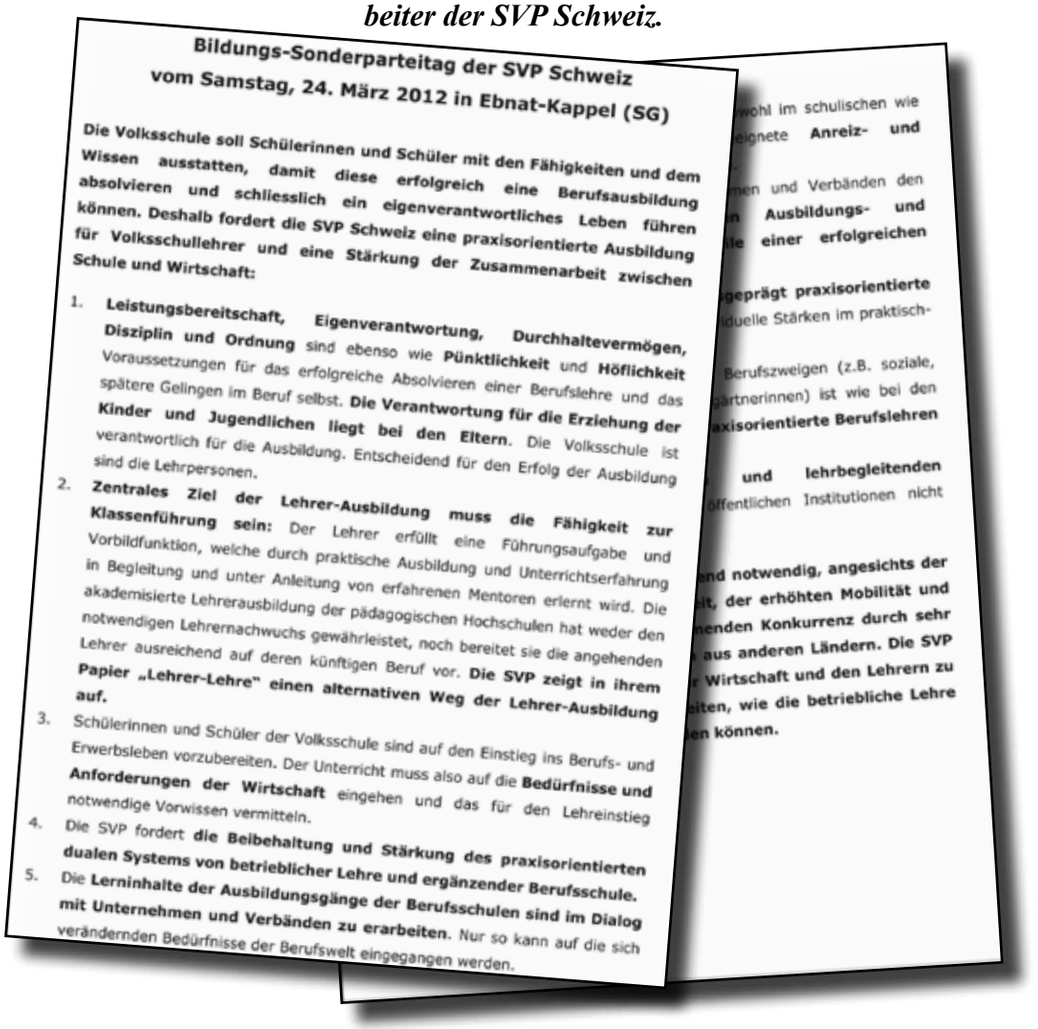
Rund 300 Gäste und Delegierte haben den Weg nach Ebnat-Kappel gefunden. Nach interessanten Referaten und Diskussionen haben sie einen Forderungskatalog (siehe rechte Seite) verabschiedet.

Regierungsrsat Stephan Schleiss ist Bildungsdirektor des Kantons Zug.

ung für Lehrer und Schüler

Alt Nationalrat Ulrich Schlüer umgeben von Nationalrätin Nadja Pieren, Sarah Bösch (Mitglied der SVP-Bildungskommission) und Daniel Eichenberger, wissenschaftlicher Mitarbeiter der SVP Schweiz.

Auch Bundesrat Ueli Maurer war dabei. Er hat ausgeführt, warum die Bildungspolitik für unser Land so wichtig ist.



Bildungs-Sonderparteitag der SVP Schweiz
vom Samstag, 24. März 2012 in Ebnat-Kappel (SG)

Die Volksschule soll Schülerinnen und Schüler mit den Fähigkeiten und dem Wissen ausstatten, damit diese erfolgreich eine Berufsausbildung absolvieren und schliesslich ein eigenverantwortliches Leben führen können. Deshalb fordert die SVP Schweiz eine praxisorientierte Ausbildung für Volksschullehrer und eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft:

1. **Leistungsbereitschaft, Eigenverantwortung, Durchhaltevermögen, Disziplin und Ordnung** sind ebenso wie **Pünktlichkeit** und **Höflichkeit** Voraussetzungen für das erfolgreiche Absolvieren einer Berufslehre und das spätere Gelingen im Beruf selbst. **Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder und Jugendlichen liegt bei den Eltern.** Die Volksschule ist verantwortlich für die Ausbildung. Entscheidend für den Erfolg der Ausbildung sind die Lehrpersonen.
2. **Zentrales Ziel der Lehrer-Ausbildung muss die Fähigkeit zur Klassenführung sein:** Der Lehrer erfüllt eine Führungsaufgabe und Vorbildfunktion, welche durch praktische Ausbildung und Unterrichtserfahrung in Begleitung und unter Anleitung von erfahrenen Mentoren erlernt wird. Die akademisierte Lehrerausbildung der pädagogischen Hochschulen hat weder den notwendigen Lehrernachwuchs gewährleistet, noch bereitet sie die angehenden Lehrer ausreichend auf deren künftigen Beruf vor. **Die SVP zeigt in ihrem Papier „Lehrer-Lehre" einen alternativen Weg der Lehrer-Ausbildung auf.**
3. Schülerinnen und Schüler der Volksschule sind auf den Einstieg ins Berufs- und Erwerbsleben vorzubereiten. Der Unterricht muss also auf die **Bedürfnisse und Anforderungen der Wirtschaft** eingehen und das für den Lehreinstieg notwendige Vorwissen vermitteln.
4. Die SVP fordert **die Beibehaltung und Stärkung des praxisorientierten dualen Systems von betrieblicher Lehre und ergänzender Berufsschule.**
5. Die **Lerninhalte der Ausbildungsgänge der Berufsschulen sind im Dialog mit Unternehmen und Verbänden zu erarbeiten.** Nur so kann auf die sich verändernden Bedürfnisse der Berufswelt eingegangen werden.

wohl im schulischen wie
eignete **Anreiz- und**
nen und Verbänden den
n **Ausbildungs- und**
le **einer erfolgreichen**
geprägt praxisorientierte
duelle Stärken im praktisch-
Berufszweigen (z.B. soziale,
ärtnerinnen) ist wie bei den
axisorientierte Berufslehren
und lehrbegleitenden
öffentlichen Institutionen nicht
nd notwendig, angesichts der
it, der erhöhten Mobilität und
nenden Konkurrenz durch sehr
aus anderen Ländern. Die SVP
Wirtschaft und den Lehrern zu
iten, wie die betriebliche Lehre
en können.

Laden Sie jetzt unter www.svp.ch unser Positionspapier „Lehrer-Lehre statt pädagogische Hochschulen" herunter.

Online finden Sie auch den Forderungskatalog** (hier links) **zur Praxisausbildung wie er am Sonderparteitag der SVP verabschiedet wurde.

Lehrer-Lehre

Rettet unser Schweizer Gold!

Hoffnungslos überschuldete Staaten gehen Pleite. Weltwährungen geraten ins Trudeln. Mit sage und schreibe mehr als einer Billion (€ 1‘000‘000‘000‘000) aus dem baren Nichts geschaffenen Euro werden «Rettungspakete» geschnürt – besser gesagt: zusammengeschustert.

von Nationalrätin Andrea Geissbühler, Herrenschwanden (BE)

Trotzdem bleiben die Finanzmärkte höchst labil. Und kaum jemand vermag noch die Zusammenhänge in dieser weltweiten Währungskrise zu überblicken.
Doch jedermann fragt sich: Hängt denn nicht die Sicherheit meiner Rente ab von einer stabilen Währung? Sind meine Ersparnisse, meine Pensionsansprüche, damit ihr Wert erhalten bleibt, nicht auf einen stabilen Franken angewiesen?

Was also ist vorzukehren, dass der Schweizer Franken nicht auch in den Überschuldungs-Schlamassel gerissen wird? Eine Währung ist dann stabil, wenn ihr ein sicheres, werthaltiges Fundament zugrunde liegt. Der Franken verdankt seine jahrelange Stabilität nicht zuletzt einem gesunden Fundament aus werthaltigem Gold. Diesem Gold ist Sorge zu tragen.

Unüberlegte Goldverkäufe
Im Lauf der vergangenen zwölf Jahre hat die Schweizerische Nationalbank allerdings insgesamt 1‘550 Tonnen, also mehr als die Hälfte ihrer damals vorschnell als teilweise «überflüssig» erklärten Goldreserven zu geradezu lächerlich tiefem Preis verkauft: Sie löste durchschnittlich 16‘000 Franken pro Kilo. Heute kostet das Kilogramm Gold um die 50‘000 Franken. Besässe sie heute diese leichtfertig verkauften 1‘550 Tonnen Gold noch, dann wäre ihre Bilanz um rund 55 Milliarden Franken stärker.

Schweizer Gold in den USA
Eine weitere Unsicherheit belastet die Nationalbank-Goldreserven: Ein grosser Teil des Schweizer Goldes – wie viel genau, hält die Nationalbank geheim – lagert in den USA. In jenem Land, das uns derzeit mit Steuerforderungen regelrecht erpresst – weil selbst die grossen USA heute am Rand des Staatsbankrotts stehen. Höchste Zeit, die in den USA gelagerten Schweizer Goldreserven unverzüglich in die Schweiz zurückzuholen.

Was die Initiative will
Die Gold-Initiative verlangt dreierlei: Sie verbietet der Nationalbank erstens jeglichen weiteren Goldverkauf. Zweitens verlangt die Initiative die Rückholung all jener Teile der Nationalbank-Goldreserven, die heute noch im Ausland eingelagert sind. Und drittens verlangt die Gold-Initiative, dass die Nationalbank immer mindestens zwanzig Prozent ihrer Aktiven in Gold zu halten hat.
Damit bleibt dem Schweizer Franken ein gesundes, werthaltiges Fundament erhalten – Voraussetzung dafür, dass der Schweizer Franken stabil bleibt, dass Renten, Pensionsansprüche, Ersparnisse, Guthaben nicht kalt entwertet werden.
Goldreserven sind Volksvermögen. Es ist am Volk, dafür zu sorgen, dass die Goldreserven der Schweiz erhalten bleiben. Zu diesem Zweck wurde die Gold-Initiative gestartet.

Bitte unterzeichnen auch Sie die Gold-Initiative!

Das verlangt die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold»:

- Keine weiteren Goldverkäufe!
- Goldreserven sind in der Schweiz zu lagern!
- Goldanteil an Nationalbank-Aktiven muss mindestens 20% betragen!

Jetzt unterschreiben!

... damit unser Volksvermögen Nicht verschleudert wird

www.goldinitiative.ch

Der Teufel steckt im (Zweitwohnungs)detail

Unausgegoren, wirtschaftsfeindlich, für Tourismusregionen schädlich – auch wenn die Zweitwohnungsinitiative den Nerv der Bevölkerung traf und eigentlich redlich die Landschaft schützen will: Bei der Umsetzung des vage formulierten Artikels droht das Ganze nun ins Gegenteil der ursprünglichen Absicht zu kippen.

von Regierungsrat Christoph Neuhaus, Belp (BE)

Volk und Stände haben am 11. März 2012 zur Zweitwohnungsinitiative knapp Ja gesagt – das ist das einzige, das zurzeit noch klar scheint. Das zeigt sich nun bei den aufgenommenen Arbeiten zur Umsetzung des neuen Artikels der Bundesverfassung in aller Deutlichkeit.

Das ganze Hin und Her begann schon am Abstimmungssonntag. Im Vorfeld wurde von den Initianten verschiedentlich bekräftigt, ab dem 1. Januar 2013 seien Baubewilligungen nichtig - aber bis dahin dürfe noch gebaut werden. Ersteres steht so auch in den Übergangsbestimmungen. Von letzterem wollen sie nun nichts mehr wissen. Schützenhilfe bekamen die Initianten dabei unverständlicherweise von der zuständigen Bundesrätin, die im Brustton der Überzeugung erklärte, mit dem 11. März sei der Stopp von Baubewilligungen Tatsache. Obwohl mittlerweile zahlreiche namhafte Staatsrechtler erklärten, der 1. Januar 2013 sei Stichtag, scheint man seitens des Bundesrates an der voreilig gemachten Aussage festzuhalten.

Letztlich wird diese Frage nun wohl gerichtlich geklärt werden müssen. **Als Magistrat wünschte man sich, der Bundesrat würde für einmal gegenüber den eigenen Kantonen einschwenken statt immer nur gegenüber dem Ausland Konzessionen einzugehen…**

Damit nicht genug. Selbst im Kern – dem Begriff der Zweitwohnung - herrscht Unklarheit. Sind es alle nur zeitweise genutzten Wohnungen? Damit würden beispielsweise Alphütten, Studentenwohnungen oder gar Bundesratswohnungen in Bern darunterfallen, weil die höchsten schweizerischen Minister ihre Papiere noch im Herkunftskanton haben.

> *„Das Versprechen aus dem Abstimmungskampf dass strukturschwache Gebiete von dieser Bestimmung ausgenommen sind, wird damit gebrochen."*

Wie wird das Ganze erfasst?

Mit der angelaufenen Harmonisierung der Baubegriffe zwischen den Kantonen fällt die Bruttogeschossfläche weg – darauf wollten die Initianten abstellen. Und aus Nachbarländern ist bekannt, dass zur Überwachung solcher Einschränkungen ein veritabler Verwaltungsapparat notwendig ist – wollen wir wirklich noch mehr Bürokratie? Nachts an Türen läuten, um mit dem Thermometer festzustellen, ob das nun ein sogenannt warmes oder aber ein verbotenes, kaltes Bett ist?

Nachdem vor der Abstimmung noch die Rede war, dass es diverse Ausnahmen geben müsse – z.B. für die Umnutzung historischer oder landschaftsprägender Bausubstanz, für strukturschwache Gebiete oder Zweitwohnungen zur Querfinanzierung touristisch nachhaltiger Beherbergungsformen – schalten die Initianten nun auf stur.

Wie weiter?

Das Versprechen aus dem Abstimmungskampf dass strukturschwache Gebiete von dieser Bestimmung ausgenommen sind, wird damit gebrochen. Die auf den Tourismus angewiesenen Kantone, die letztlich eine unterdurchschnittliche Wertschöpfung haben, sollen in ihrem Aktionsradius noch weiter eingeschränkt werden. Zu erwarten ist ebenfalls, dass von Gemeinden die über der 20%-Schwelle liegen, die Nachfrage in solche überschwappt, wo noch gebaut werden darf. Denn das Angebot wird zwar verknappt, die Käuferschaft jedoch bleibt. Somit wird der Zersiedelung massiv Vorschub geleistet.

Vernichtet werden Milliarden, weil altrechtliche Wohnungen in ihrer Nutzung beschränkt werden. Das sind nur einige wenige der Gründe, weshalb sich die Bergkantone dezidiert gegen eine solche Umsetzung dieser Initiative wehren und weshalb sich der Kanton Bern mit ihnen koordiniert.

KIA

7 JAHRE KIA GARANTIE

7 JAHRE KIA ASSISTANCE

Attraktive Leasing-Angebote MultiLease www.multilease.ch

MultiAssurance www.multiassurance.ch

Mehr Auto fürs Geld
www.kia.ch

DIE 4x4 VON KIA: ATTRAKTIV & ZEITGEMÄSS.

SPORTAGE & SORENTO

FRÜHLINGS-BONUS
CHF **4'777.–** *

* Aktion gültig solange Vorrat, Immatrikulation bis 30.06.2012

HvS Forch

ENERGIE-EFFIZIENZ C KATEGORIE

SPORTAGE

2.0 L CVVT 163 PS ab **CHF 33'950.–**
2.0 L CRDi 184 PS ab **CHF 39'750.–**

auch mit 6-Stufen-Automatik erhältlich
Anhängelast 2'000 kg

SORENTO

2.4 L CVVT 174 PS ab **CHF 41'950.–**
2.2 L CRDi 197 PS ab **CHF 47'950.–**

wahlweise mit 6-Gang-Schaltgetriebe oder
6-Stufen-Automatik und als 7-Plätzer erhältlich
Anhängelast 2'500 kg

FRÜHLINGS-BONUS
CHF **7'777.–** *

A
NEW PICANTO
ab CHF 14'650.–

A
NEW RIO
ab CHF 19'990.–

A
SOUL
ab CHF 22'550.–

A
VENGA
ab CHF 20'990.–

A
CEE'D
ab CHF 20'990.–

A
CEE'D_SW
ab CHF 21'990.–

B
CARENS
ab CHF 29'450.–

C
CARNIVAL
ab CHF 40'950.–

Verbrauch gesamt l/100 km (Energieeffizienzkategorie, CO_2 g/km) – Durchschnitt aller Neuwagen 159 g/km – **Sportage 2.0 L CVVT man./aut.** 7,6/8,2 (E/F, 181/195), **2.0 L CRDi man./aut.** 6,0/7,1 (C/E, 156/187) – Euro 5. **Sorento 2.4 L CVVT man./aut.** 8,7/8,8 (F/F, 208/209), **2.2 L CRDi man./aut.** 6,6/7,4 (C/E, 174/194) – Euro 5. 7 Jahre Werkgarantie. Preisangaben: empfohlene Nettopreise inkl. MWSt.

Driving Center
www.drivingcenter.ch

KIA Motors AG
5745 Safenwil
062 788 88 99

Tiefere Steuern – mehr Eigentum

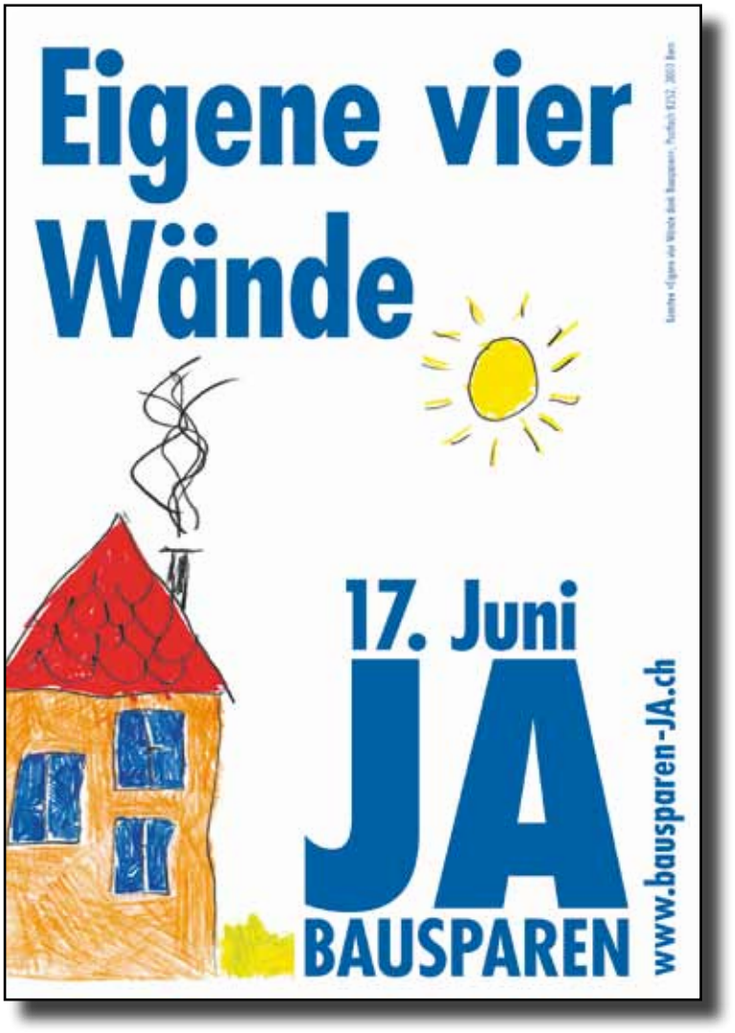
Am 17. Juni kommt die Volksinitiative „Eigene vier Wände dank Bausparen“ des Hauseigentümerverbandes vors Volk. Stimmten wir darüber nicht schon ab? Nicht ganz, im Gegensatz zur nur knapp abgelehnten Initiative vom März handelt es sich hier um einen moderateren und ausgereifteren Vorschlag.

von Nationalrat Lukas Reimann, Wil (SG)

Wie funktioniert Bausparen: Der auf ein Bausparkonto jährlich einbezahlte Betrag kann vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Der Bausparer muss also weniger Steuern zahlen, deshalb kann er auch mehr sparen. Der im März als zu hoch kritisierte Bauspar-Abzug von Fr. 15‘000 beträgt bei dieser Initiative nur noch maximal Fr. 10‘000 pro Person und Jahr während maximal 10 Jahren. Mit dieser Variante sollte nun eine Mehrheit gefunden werden, um das erfolgreiche Bauspar-Modell in der Schweiz einzuführen und die Eigentumsquote bei Wohneigentum zu erhöhen.

Heute hat die Schweiz eine der allertiefsten Eigentumsquoten. Im benachbarten Ausland wohnen teilweise über 80% der Bevölkerung in den eigenen vier Wänden, in der Schweiz sind es nur 39%. Der Traum scheitert gerade für viele junge Familien am benötigten Eigenkapital. Dank dem Bausparen werden wesentlich mehr Menschen den Traum vom Eigenheim verwirklichen können als dies heute der Fall ist.

Mit dem Geld aus dem Bausparen kann und soll vorwiegend bestehendes Wohneigentum erworben werden, es geht also nicht einfach um zusätzliche Wohnbauten, denn die heutigen Mieterinnen und Mieter wohnen ja auch bereits in gemieteten Wohnungen oder Häusern. Grundsätzlich gilt jedoch, wer ein zusätzliches Verbauen der Schweiz verhindern will, muss die Zuwanderung begrenzen.



Die Behauptung, dass Bausparen nur den Reichen helfe, ist falsch. Die Erfahrungen mit dem Bausparen im Kanton Basel-Landschaft zeigen auch, dass sich das Bausparen vorwiegend an sogenannte „Schwellenhaushalte“ mit einem Bruttoeinkommen zwischen Fr. 60‘000.- und 100‘000.- richtet. 44% der Bausparer im Kanton Basel-Landschaft sind junge Familien mit Kindern. Rund 36% aller Mieterhaushalte in der Schweiz gehören gemäss dem Bundesamt für Statistik in diese Einkommenskategorie. D.h., etwa 1,2 Mio. Schweizer Haushalte sind potenzielle Bausparhaushalte mit mittlerem Einkommen.

Das Bausparen ist ein sehr günstiges und äusserst effizientes Mittel, die dringend notwendige Wohneigentumsförderung voranzutreiben. Gerade dank dem Bausparen erhält der breite Mittelstand die Chance, sich den Traum von Eigenheim zu erfüllen.

Die Initiative bringt auch unseren KMU und dem Gewerbe neue Aufträge und schafft damit Arbeitsplätze im Inland. Zudem schafft sie ein Anreizsystem fürs Sparen und für den individuellen Eigentumsaufbau statt fürs Schuldenmachen.

Weniger Steuerabgaben, mehr Eigentum – diese Vorlage verdient ein klares Ja.

«Die Förderung von Wohneigentum ist dringend nötig»

Hans Egloff, Nationalrat SVP, Zürich

17. Juni

JA

BAUSPAREN

www.bausparen-JA.ch

Komitee «Eigene vier Wände dank Bausparen», Postfach, 3001 Bern

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Rail Group
Ernst-Stadler-Strasse1 | CH-9565 Bussnang, Schweiz | Telefon +41 (0)71 626 21 20 | stadler.rail@stadlerrail.com | www.stadlerrail.com

Solidarhaftung ist abzulehnen

Eine der herausragenden Stärken des Werkplatzes Schweiz ist das liberale Wirtschaftssystem mit dem flexiblen Arbeitsmarkt. Die im internationalen Vergleich freiheitlich ausgestalteten Rahmenbedingungen sind zu einem guten Teil dafür verantwortlich, dass sich zahlreiche Firmen in der Schweiz ansiedelten oder am Standort Schweiz verblieben – trotz hoher Lohn- und Betriebskosten. Eine weitere Aushöhlung durch zusätzliche flankierende Massnahmen kostet Arbeitsplätze und Wohlstand.
von Nationalrat Peter Spuhler

Was die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK Ende März in Bezug auf die Ausgestaltung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit beschlossen hat, ist für den flexiblen schweizerischen Arbeitsmarkt eine ernsthafte Bedrohung. Gegen den Willen der SVP sprach sich die Kommission dafür aus, die flankierenden Massnahmen weiter zu verschärfen. Aus Sicht der SVP spricht nichts dagegen, dass zum Schutz gegen den Missbrauch durch Scheinselbständigkeit eine Dokumentationspflicht eingeführt werden soll, die überraschend beschlossene Solidarhaftung geht jedoch entschieden zu weit und ist für schweizerische KMU eine Katastrophe.

Nationalrat Peter Spuhler führt als Unternehmer erfolgreich die Stadler Rail Group. Als bodenständiger Chef besucht er seine Mitarbeiter oft in der Produktion.

Bei der Einführung der Personenfreizügigkeit gab es von Vornherein Ängste in der Bevölkerung, dass die schweizerischen Löhne unter Druck geraten könnten. Ein gewisser Schutz ist daher auch berechtigt. Es kann aber nicht sein, dass unter dem Deckmantel der Personenfreizügigkeit die Schweiz lohnmässig abgeschottet wird, obwohl die gleichen Kreise, welche dies verlangen, unter dem Vorwand des Konsumentenschutzes stets tiefere Preise für die Konsumenten fordern. Eine Balance zwischen diesen Interessen ist nicht einfach zu finden. Auch die SVP unterstützt die Schutzmechanismen bis zu einem gewissen Punkt.

Was jedoch zu weit geht, geht zu weit - in diesem Fall die von der WAK beschlossene Solidarhaftung. Dass Unternehmer für die von ihnen engagierten Subunternehmer verantwortlich sein sollen, ist absolut KMU-feindlich und richtet weitaus grösseren Schaden an, als dass dadurch etwas erreicht wird. Mittels Solidarhaftung sollen Firmen künftig dafür haftbar gemacht werden können, wenn von ihnen verpflichtete Subunternehmen die schweizerischen Mindestanforderungen bezüglich Löhne und Arbeitsbedingungen nicht einhalten. **Konkret heisst dies, dass zum Beispiel ein kleiner oder mittelgrosser Baubetrieb, welcher eine Subunternehmung für bestimmte Arbeiten verpflichtet, solidarisch dafür haften muss, dass sich dieser unter Umständen wesentlich grössere Subunternehmer korrekt verhält.** Dies ist nicht nur illusorisch, weil gar keine Möglichkeit besteht, solche Firmen bis ins Detail zu durchleuchten, sondern auch in anderer Hinsicht schädlich: So dürften kreditgebende Banken mit einer Kürzung der Kreditlimiten oder der Forderung nach einer Unterlegung mit zusätzlichen Sicherheiten auf die erhöhten Risiken reagieren.

Dies wird dazu führen, dass KMUs bei der Kreditfinanzierung zusätzlich unter Druck geraten werden. Es kann doch nicht sein, dass ein Unternehmer neben seinen eigenen Risiken auch noch für die finanziellen Risiken seiner Subunternehmer einstehen muss, speziell, wenn diese grösser sind, als er selbst. Es ist daher zu befürchten, dass die Solidarhaftung zu einer Kreditklemme bei den KMU führen wird und deren finanzielle Flexibilität einschränken wird.

Der Schweizerische Gewerbeverband ist nun gefordert, korrigierend einzugreifen - zum Erhalt der schweizerischen Standortvorteile und Arbeitsplätze.

Online bestellen: www.svp.ch

..... Ex. SVP-Fussball	25.-	..... Ex. Pin CH-Kreuz	7.-
..... Ex. SVP-Sitzungsmappe	49.-	..... Ex. Pin SVP-Logo	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz kl.	50.-	..... Ex. Pin «SVP Gold»	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz gr.	50.-	..... Ex. Post-it, Block à 50 Blatt	2.-
..... Ex. Krawatte SVP	50.-	..... Ex. Offiziermesser	20.-
..... Ex. SVP-Bonbons	5.-	..... Ex. Kleber, Bogen à 27 Kl.	5.-
..... Ex. SVP-Feuerzeug	5.-	..... Ex. Kugelschreiber	2.50
..... Ex. SVP-Rucksack	10.-	..... Ex. Jasskarten	3.-

... franz. ... deutsch

Name: ..... Vorname: .....

Adresse: ..... PLZ: ..... Ort: .....

Mail: ..... Telefon: .....

Bitte Talon einsenden an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch

SIROX
Wasser • Wärme • Gesundheit
Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive Kalk- und Rostschutztechnik
Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

SIDLER AG SURSEE
Badstrasse 1
6210 Sursee
041 / 921 32 52
15% SVP Abholrabatt
Bequemer Nähen www.nähmöbel.ch
mit einem Näh-Möbel (Inserat=Gutschein)

Impressum

Auflage:	60 000 Exemplare
Herausgeberin:	Stiftung SVP-Pateizeitung
Erscheingsweise:	11x/Jahr
Verantwortlich:	Kevin Grangier
Adresse:	SVP-Klartext, Postfach 8252 3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck:	Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20 4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement:	Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate:	Kevin Grangier- klartext@svp.ch
Fotos:	Schweizer Armee – ZEM, Bundeskanzlei

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT ODER IM FRANC-PARLER

Ganzseitiges Inserat gelesen von 70‘000 Abonnenten für Fr. 5‘000.-

Bis 15% Rabatt möglich. Mehr als 70‘000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie. Informationen erhalten Sie unter der Telefonnummer 031 **300 58 58** oder per E-Mail an **klartext@svp.ch.** Unsere Zeitung gibt es auch online auf www.svp.ch

Gewonnener Kampf gegen Asyldurchgangszentrum

Seit Monaten wollen Behörden und Linkspolitiker mehr Asylzentren in der Schweiz durchboxen. Die Bevölkerung hat meist wenig dazu zu sagen. Der Fall Bettwil war mehrmals in den Schlagzeilen. Auch im Kanton Solothurn - in Laupersdorf - haben sich die Bürgerinnen und Bürger gegen dieses Diktat mobilisiert und so den Weg zum geplanten Asylzentrum erfolgreich bekämpft. von Gemeinderat Beat Künzli

Gegen den Willen der Kantonsregierung, der kantonalen Behörden und der Mehrheit der Gemeinde- und Bürgerräte hat das Volk, resp. die Bürgerversammlung dem geplanten „Asyldurchgangszentrum Hellchöpfli“ eine Abfuhr erteilt. Die zuständigen Regierungsräte Gomm (Kt. SO) und Käser (Kt. BE) rechneten von Anfang an mit wenig Widerstand gegen das Projekt. Dabei haben sie wohl einmal mehr nicht an die betroffene Thaler Bevölkerung gedacht.

Da unsere SVP-Fraktion mit dieser Meinung im Gemeinderat alleine war, gründete ich ein überparteiliches und regionales Komitee der „besorgten Thalerinnen und Thaler“. Nur Dank unseres Druckes fand ein öffentlicher Informationsanlass statt. Dabei wurde schnell klar, dass die Betroffenheit, die Angst und die Verunsicherung, aber auch der Ärger über die katastrophale Asylpolitik und die immensen Kosten durch die schön formulierten Worte von Regierung und Behörden nicht abgebaut werden konnten. In einem weiteren Schritt konnten wir gegen den Willen der FDP- und CVP-Spitze erreichen, dass nicht der CVP dominierte Bürgerrat über die Freigabe der Zufahrtsstasse entscheidet, sondern die Bürgergemeindeversammlung.

Beat Künzli, SVP Gemeinderat, Laupersdorf

Gründer und Präsident des erfolgreichen Komitees „Besorgte Thalerinnen und Thaler“

Bildquelle: blick.ch

Am 3. April haben die Medien vom Widerstand berichtet. Die SVP begrüsst solche Volksbewegungen, welche die Behörden in die Schranken weisen.

Zur Aufklärung der Bürger veröffentlichten wir in einem Grossinserat wichtige Fakten zum Asylzentrum. Auch kritische Leserbriefe haben ihre Wirkung nicht verfehlt. So wurde an einer historischen, aber auch emotionalen Versammlung mit knapp 120 Bürgern und vielen Interessierten die Zufahrt auf das Hellchöpfli mit einem Stimmenverhältnis von 2:1 verwehrt, was dazu führt, dass die Unterkunft nicht in Betrieb genommen werden kann.

Das Beispiel Laupersdorf zeigt, dass - wenn man sich organisiert - man sich auch als Bürger gegen die Übermacht der politischen Behörden zur Wehr setzen kann. Das macht Mut, um weiter zu kämpfen.

Wenn der Bund ein Asylzentrum in ihren Gemeinde plant, werden Sie es Beat Künzli gleichtun?

- Selbstverständlich
- Nein, ich denke nicht
- Ich weiss es nicht

Beantworten Sie die Umfrage online unter www.svp.ch

Verfolgen Sie den täglichen EU-Irrsinn auf
www.staatsverträge.ch

Irrsinn stoppen

EU-Irrsinn für Tagesmütter: Fliegengitter vors Fenster, Lebensmitteletikettenarchiv führen, Holzböden ersetzen

Die EU-Bürokratie ragt bei Tagesmüttern in jede Holzritze hinein. Der Lebensmittel-Kontrolleur trampt in die private Küche, Fliegengitter müssen ans Fenster, Holzboden sollte weg wegen des Staubes in den Ritzen, Lebensmittel-Etiketten und Kassenzettel müssen wochenlang archiviert werden, Kühlschranktemperatur täglich dokumentieren …

Darum Ja

17. Juni 2012

Staatsverträge vors Volk

Gerne senden wir Ihnen die gewünschten Unterlagen.

_____ **Ex. Gross-Plakate F4** (89,5 cm x 128 cm)
_____ **Ex. Mittel-Plakat A1** (59,4 cm x 84,1 cm)
_____ **Ex. Klein-Plakat A3** (29,7 cm x 42 cm)
_____ **Ex. Set Postkarten** (4 Postkarten)
_____ **Ex. Abstimmungsprospekt A5**
_____ **Ex. Lollipop** («Give-away»)

Name: _____
Vorname: _____
Strasse: _____
PLZ, Ort: _____
Telefon / Fax: _____
E-Mail: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____

Hinweise für Plakatierung: Geeignete Stellen sind private Grundstücke, Privathäuser, Gewerbebauten und Ställe an gut frequentierten Strassen und Plätzen (Plakat wenn möglich erhöht anbringen -> Schutz vor politischem Vandalismus!).

Bitte rasch einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31 oder Fax 031 356 27 28